Nr. 269. **Die Presse.** 36. Jahrg.

Ostmärkische Tageszeitung — Anzeiger für Stadt und Land.

(Thorner Presse)

Ausgabe täglich abends, ausschließlich der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis bei den kaiserl. Reichs-Postämtern vierteljährlich 3,60 Mk., monatlich 1,20 Mk., ohne Zustellungsgebühr; für Thorn Stadt und Vorstädte, von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen abgeholt, vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk., ins Haus gebracht vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,20 Mk. Einzelexemplar (Belegblatt) 10 Pfg.

Anzeigenpreis die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellenangebote und -Gesuche, Wohnungsanzeigen, An- und Verkäufe 20 Pf., (für amtliche Anzeigen, alle Anzeigen außerhalb Westpreußens und Posens und durch Vermittlung 25 Pf.,) für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Im Reklameteil kostet die Zeile 50 Pf. — Anzeigenaufträge nehmen an alle soliden Anzeigenvermittlungsstellen des In- und Auslandes. — Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle bis 10 Uhr vormittags, größere Anzeigen sind tags vorher aufzugeben.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Katharinenstraße Nr. 4.
Fernsprecher 57.
Brief- und Telegramm-Adresse: „Presse, Thorn."

Thorn, Freitag den 15. November 1918.

Druck und Verlag der C. Dombrowski'schen Buchdruckerei in Thorn.
Verantwortlich für die Schriftleitung i. V.: Ewald Schwandt in Thorn.

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitig Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt, unverlangte Manuskripte nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Die bürgerlichen Parteien und die sozialistische Regierung.

Einen „flammenden Protest" erhebt die Fortschrittliche Volkspartei jetzt gegen die Wilson-Fochschen Waffenstillstandsbedingungen und ruft „die Völker der Kulturwelt" auf, noch in letzter Stunde diese unerhörte Vergewaltigung, diesen „Triumph des Imperialismus" zu verhindern. In einer weiteren parteioffiziösen Kundgebung fordert sie die Wiedereinsetzung der Volksvertretung, des Reichstages, in seine bisherige Stellung und eine bedeutsame Erweiterung seiner Rechte. Will man in der Leitung der Fortschrittspartei nicht einsehen, daß man da zu spät kommt? Die bürgerlichen Mehrheitsparteien haben ja selbst durch den eifrigen Abbau der nationalen Bürgschaften die Flutwelle gestärkt, deren verwirrender Wirkung wir die furchtbaren Bedingungen der Feinde verdanken. Gerade die Fortschrittler haben in ihrem Eifer, bei uns den Imperialismus zu vernichten, ihn bei den Feinden fortgesetzt gekräftigt; jammern sie jetzt über den Triumph des Imperialismus, so klagen sie ihre eigene Torheit an. Und der Reichstag und seine Rechte? Das sind fortgeschwommene Felle! Mit weggerissen von derselben Hochflut, gegen die die schützenden Deiche die Mehrheitsparteien durchstochen haben! Was soll es jetzt, über die Erweiterung der Rechte einer Volksvertretung zu sprechen, die nicht mehr vorhanden ist! Rechtzeitig hätten die Mehrheitsparteien, als sie noch die Regierungsgewalt in Händen hatten, auf dem Posten sein müssen! Dauernd hätte seit Beginn der Vorgänge in Kiel der Reichstag versammelt sein sollen, um schleunigst eingreifen zu können. Statt dessen hat sich die Mehrheitsregierung des Prinzen Max mit dem fortschrittlichen Vizekanzler von Payer von den Ereignissen völlig überraschen und über den Haufen rennen lassen. Und so sind die bürgerlichen Mehrheitsparteien samt dem ganzen Reichstag sang- und klanglos in die Versenkung verschwunden. Da nützt jetzt keine nachträgliche Totenklage und kein flammender Protest.

Mit der Ausschaltung des Reichstages beschäftigt sich auch eine Betrachtung der „Kreuzzeitung". Sie sagt: „Wir haben oft die Einberufung des Reichstages, namentlich in Kriegs- und Friedensfragen, bekämpft; aber nun sind wir der Meinung, daß er jetzt, wo es sich um eine vollständige Umwälzung der Verfassung handelt, vor seiner Auflösung hätte gehört werden müssen. Gerade der von dem jetzigen Regime verkündete Grundsatz, daß die Minderheit nicht vergewaltigt werden solle, hätte durch ein Anhören des Parlaments bewiesen werden können. Oder befürchtete man — ganz abgesehen von den Parteiverhältnissen im Reichstage —, daß die neue sozialistische Republik nicht die Mehrheit des Volkes verkörpert?" — Über den gegenwärtigen Zustand schreibt das konservative Blatt: Der Reichstag „war noch von dem ehemaligen Kanzler zu Mittwoch einberufen; man hat darauf verzichtet, diese Zusage zu erfüllen, freilich aus begreiflichen Gründen: denn die Sozialdemokratie verfügt dort nur über etwa 120 Sitze. Wir können uns also nicht darüber hinwegtäuschen, daß das deutsche Reich und die Bundesstaaten von einer sozialistischen Diktatur regiert werden, die noch vor kurzem so energisch von sozialistischer Seite verworfen wurde". — Das gibt übrigens auch der „Vorwärts" zu. Er betont deshalb, die neue Regierung „muß ihr Amt als ein vorläufiges auffassen, das noch der Bestätigung durch das Volk bedarf; sie muß so bald wie möglich eine allgemeine Volksvertretung, eine konstituierende Nationalversammlung wählen lassen".

An das preußische Volk!

Preußen ist wie das deutsche Reich und die anderen deutschen Bundesstaaten durch den Volkswillen zum freien Staat geworden

Aufgabe der neuen preußischen Landesregierung ist, das alte, von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volksrepublik zu verwandeln.

Über die zukünftigen Staatseinrichtungen Preußens, seine Beziehungen zum Reiche, zu den anderen Staaten und zum Ausland wird eine verfassunggebende Versammlung entscheiden; ihre Wahl erfolgt auf Grundlage des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen und nach dem Verhältniswahlsystem.

Bis zum Zusammentritt dieser verfassunggebenden Versammlung hat eine vorläufige Regierung, die getragen ist vom Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Geschäfte übernommen. Sie sieht ihre erste Aufgabe darin, im engen Zusammenhang mit der neuen Reichsleitung für die Ordnung und Sicherheit im Lande und für die Volksernährung zu sorgen. Sie ist dabei angewiesen auf das Verständnis und den guten Willen der Bevölkerung im allgemeinen und insbesondere auf die gewissenhafte Mitarbeit aller Beamten des Staates und der Selbstverwaltungskörperschaften. Alle Beamten, die sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre Pflichten hingewiesen worden.

Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue, freie Preußen jetzt und in der Zukunft gestellt sieht, seien nur diese hervorgehoben:

Durchführung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten. Gründliche Reform der Besoldungs- und Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten, einschließlich der Pensionäre und Altpensionäre, und bis zur endgiltigen Regelung die Gewährung ausreichender Teuerungszulagen.

Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der Volksschule. Schaffung der Einheitsschule, Befreiung der Schule von jeglicher kirchlichen Bevormundung. Trennung von Staat und Kirche.

Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften. Beseitigung der Gutsbezirke. Völlig gleiches Wahlrecht beider Geschlechter für alle Gemeindevertretungen in Stadt und Land. Entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und Provinzialverwaltungskörper.

Raschester Ausbau und Entwickelung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle.

Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft. Vergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe.

Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus. Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundsätzen strengster sozialer Gerechtigkeit.

Es ist eine ernste und schwere Zeit, in der die neue Regierung an ihre Arbeit gehen muß. Bedrückend ist die Fülle der Aufgaben, vor die sie sich gestellt sieht. In den vier Jahren des furchtbaren Krieges haben sich die menschlichen und wirtschaftlichen Kräfte des Landes erschöpft. Nur durch einmütiges Zusammenstehen des gesamten Volkes kann der Untergang abgewendet werden. Nur so können wir denen, die jetzt aus dem Felde zurückkehren sollen, zwar nicht ihre Leiden und Opfer vergelten, wohl aber die Fortsetzung dieser Leiden ersparen. Nur so können wir das Gespenst des Hungers bannen, das vornehmlich unsere Frauen, Kinder und Kranken schon jetzt auf das schwerste bedroht.

Was wir alle haben wollen: Freiheit, Frieden und Brot, kann nur gesichert werden, wenn das wirtschaftliche Leben in Stadt und Land aufrecht erhalten bleibt.

Darum steht zusammen, helft mit zum Wohle des Ganzen!

Berlin, den 13. November 1918.

Die preußische Regierung:
Hirsch. Ströbel. Braun. Eugen Ernst. Haenisch.
Adolf Hoffmann.

Ein Volk von 70 Millionen leidet, aber es stirbt nicht.

Die deutschen Bevollmächtigten haben bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes folgende Erklärung abgegeben:

Die deutsche Regierung wird selbstverständlich bestrebt sein, mit allen Kräften für die Durchführung der auferlegten Verpflichtungen Sorge zu tragen.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten erkennen an, daß in einigen Punkten auf ihre Anregung hin Entgegenkommen gezeigt worden ist (es folgt Bezugnahme auf einen am 9. und 10. November stattgehabten Austausch von Schriftstücken zwischen den deutschen Waffenstillstandsbevollmächtigten und Marschall Foch.) Sie dürfen aber keinen Zweifel darüber lassen, daß insbesondere die Kürze der Räumungsfristen sowie die Abgabe unentbehrlicher Transportmittel einen Zustand herbeizuführen drohen, der ohne Verschulden der deutschen Regierung und des deutschen Volkes die weitere Erfüllung der Bedingungen unmöglich machen kann.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten erachten es für ihre Pflicht unter Berufung auf ihre wiederholten mündlichen und schriftlichen Erklärungen noch einmal mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Durchführung dieses Abkommens das deutsche Volk in Anarchie und Hungersnot stürzen muß. Nach den Kundgebungen, die den Waffenstillstand eingeleitet haben, mußten Bedingungen erwartet werden, die bei voller militärischer Sicherung unserer Gegner die Qual der am Kriege unbeteiligten Frauen und Kinder beendet hätten.

Das deutsche Volk, das 50 Monate lang standgehalten hat gegen eine Welt von Feinden, wird ungeachtet jeder Gewalt seine Freiheit und seine Einheit wahren. Ein Volk von 70 Millionen leidet, aber es stirbt nicht.

Unterzeichnet: Erzberger, Graf Oberndorff, von Winterfeld, Vanselow.

Politische Tagesschau.

Abschaffung des Herrenhauses geplant.

Wie verlautet, beabsichtigt die neue preußische Regierung, sobald sie endgiltig konstituiert ist, das Abgeordnetenhaus für aufgelöst und das Herrenhaus für abgeschafft zu erklären. Die Güter der Krone sollen Nationaleigentum werden.

Thronverzicht des Fürsten von Waldeck.

Nach einem Privattelegramm des „Kasseler Tageblatts" aus Arolsen hat Fürst Friedrich von Waldeck und Pyrmont auf die Regierung freiwillig verzichtet.

Fort mit dem Selbstbetrug!

Die „Köln. Ztg." tritt nachdrücklich den Gerüchten entgegen, die vom Übergreifen der Umsturzbewegung auf feindliche Länder wissen wollen: „Hinweg mit deutschem Selbstbetrug! In siegreichen Heeren und Ländern ist wenig Boden für eine umstürzlerische Bewegung. Wir sehen im Gegenteil, daß der gefährliche Funke eher noch auf die neutralen Länder überspringen kann. Hinweg auch mit der leichtsinnigen Ansicht, daß der Verband die Hungerblockade nicht weiterbestehen lasse. Fragt man, wie der Zusammenbruch unserer moralischen Front geschehen konnte, so muß man antworten, daß unser Volk in allzu große Hoffnungen teils sich selbst eingewiegt hatte, teils eingewiegt wurde, und daß der Sturz aus der Sonnenhöhe des Glückes zu jäh war, als daß die Nerven hätten ruhig bleiben können."

Die Berliner Presse.

Die Besatzung verschiedener Berliner Blätter durch politische Parteien ist größtenteils wieder aufgehoben worden. Die Direktion des „Lok.-Anz.", der zwei Tage lang in der Macht der Spartakus-Gruppe stand und während dieser Zeit unter dem Titel „Die rote Fahne" erschien, hat beim Reichskanzler Ebert erwirkt, daß das Blatt wieder freigegeben wurde. Auch die „Nordd. Allgem. Ztg.", die provisorisch im Auftrage der Unabhängigen Sozialdemokraten redigiert wurde, dürfte ihren Besitzern zurückgestellt werden. Die „Berl. Volksztg." und die „Berl. Allgem. Ztg.", die in den Verlagen von Mosse und Ullstein erschienen, bleiben weiter die Publikationsorgane des Arbeiter- und Soldatenrates, doch dürfte eine gütliche Einigung mit den Verlegern bereits erzielt worden sein.

Schwarz-Rot-Gold.

Der Berliner Soldatenrat hat für seine Mitglieder die schwarz-rot-goldene Armbinde als Wahrzeichen der deutschen Demokratie eingeführt.

Keine Rote Garde.

Der Vollzugsausschuß des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates hat beschlossen, die Bildung einer Roten Garde vorläufig einzustellen, da die Truppen sich bereit erklärt haben, jederzeit zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und zur Befestigung der sozialistischen Republik ihr Leben einzusetzen.

Die Toten vom Berliner Alexanderplatz.

Bei den Ausschreitungen am Montag am Alexanderplatz in Berlin wurden zwei Personen getötet, zwei andere schwer verletzt.

Todesstrafe für Lebensmittelwucher.

Wie der „Lokal-Anzeiger" aus Stuttgart meldet, wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat ein Antrag angenommen, daß die Zurückhaltung von Lebensmitteln zur Erzielung von Wucherpreisen mit dem Tode bestraft wird.

Ein Plünderer erschossen!

Ein Russe, der einen Raubüberfall auf eine Frau machte, wurde, nachdem er ein Geständnis abgelegt hatte, sofort auf dem Hofe des Berliner Polizeipräsidiums erschossen.

Weitere Plünderer in Berlin verhaftet.

Am Montag sind in Berlin drei Zivilpersonen und zwei Soldaten wegen Plünderns eingeliefert worden. Das Todesurteil wird erst gegen sie vollstreckt, nachdem der Arbeiter- und Soldatenrat seine Zustimmung erteilt hat.

Schnelle Justiz des Soldatenrates.

Auf dem Fichteberg bei Steglitz wurden sechs Personen, ein Mann und fünf Soldaten, ergriffen, die Plünderungen vornahmen. Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates in Steglitz und Lichterfelde trat sofort zur Beratung und Aburteilung zusammen. Der Haupttäter, ein Zivilist, wurde zum Tode verurteilt, die anderen Verbrecher, darunter ein Matrose, erhielten Zuchthausstrafen bis zu 10 Jahren. Das Urteil bedarf noch der Bestätigung seitens der Regierung.

Räumung des Rheinlands.

Nach der „Köln. Volks-Zeitung" haben die Abgeordneten des Kölner Arbeiter- und Soldatenrates im Großen Hauptquartier eine mehrstündige Beratung mit der Obersten Heeresleitung gehabt, die in allen wichtigen organisatorischen Fragen zu einer vollen Einigkeit geführt hat. Dem Rheinland und insbesondere der Stadt Köln werden in wenigen Wochen gewaltige Aufgaben bevorstehen. Die Räumung des Rheinlandes braucht erst innerhalb 30 Tagen zu erfolgen.

Entwaffnung der Görlitzer Griechen.

Laut Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde die Entwaffnung der in Görlitz befindlichen Griechen vorgenommen, die ohne Zwischenfall vor sich ging. Über ihr ferneres Verbleiben wird zurzeit mit der Reichsregierung verhandelt.

Konfiskation der bayerischen Königsschlösser.

Durch W. T.-B. wird aus München gemeldet: Wie das Ministerium des Äußern des Volksstaates Bayern bekanntgibt, beabsichtigt die Regierung des bayerischen Volksstaates, sämtliche staatliche Schlösser dem Volksbildungs- und dem Gesundheitswesen nutzbar zu machen.

Aufruf an die neutralen Sozialisten zwecks Vermittlung.

Die beiden sozialistischen Parteien Deutschlands sandten ein Telegramm an Branting nach Stockholm, Stauning nach Kopenhagen und Troelstra nach dem Haag, in dem es heißt; Sozialistische Partei und unabhängige sozialdemokratische Partei lenken dringend Aufmerksamkeit sozialistischer Parteien neutraler Länder auf Inhalt der Waffenstillstandsbedingungen, die die Fortsetzung und Verschärfung der Hungerpolitik bedeuten. Wenn die Blockade bestehen bleibt, wenn die Beschränkung der deutschen Schiffahrt andauern soll, wenn 5000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen ausgeliefert werden, wovon die Hälfte des Materials bereits gebrauchsunfähig, wenn fremde Besatzungstruppen aus deutscher Ernte verpflegt werden, ist die Volksernährung Deutschlands geradezu unmöglich. Bitten deshalb sozialistische Internationale um Unterstützung zwecks Abwendung der scharfen von imperialistischen Regierung diktierten Waffenstillstandsbedingungen, die aufs schärfste die revolutionären Arbeitermassen und Soldaten der deutschen sozialistischen Volksrepublik treffen müßten.

Von der Armee Mackensen.

Nach einer Meldung des deutschen Verbindungsoffiziers in Budapest hat die ungarische Regierung der 11. Armee und der Armee Mackensen je sechs Züge täglich zum Abtransport zur Verfügung gestellt.

Kriegszustand mit Rumänien?

Der „Germania" meldet ein Sonderberichterstatter aus Ofen-Pest: Rumänien befindet sich auf dem Kriegsfuß mit dem deutschen Staat. Am Sonnabend erschienen plötzlich in Bukarest Plakate, in denen die Mobilisierung aller Jahrgänge bis zum 30. Jahre, auch in der Walachai, angeordnet wurde. Infolgedessen hat Mackensen mit dem größten Teil seiner Truppen den Abmarsch aus Rumänien begonnen. Es gelang den deutschen Soldaten, den größten Teil der Munition, Maschinengewehre und Artillerie mitzuführen. In Bukarest sind nur 3000 Mann Besatzung zur Aufrechterhaltung der Ordnung zurückgeblieben. Die rumänischen Behörden haben die Verwaltung bereits übernommen. Am Mittwoch wird der Einzug der Franzosen erwartet. Der Polizeipräsident hat die Schließung der Lokale auf 9 Uhr abends festgesetzt, um Ausschreitungen zu verhüten. Das „Bukarester Tageblatt", das in deutscher Sprache erschien, hat am Sonntag sein Erscheinen eingestellt. Die deutschen Truppen halten die Eisenbahnlinie bis Kronstadt besetzt, um den Abmarsch zu schützen.

Das Ende der österreichisch-ungarischen Flotte.

Die frühere österreichisch-ungarische Schlachtflotte hat aufgehört zu existieren. Die wertvollsten Schlachtschiffe ruhen auf dem Grunde des Meeres. Aus Laibach zurückgekehrte österreichische Marineoffiziere erzählen, daß die Südslawen, denen die Kriegsflotte auf kaiserliche Anordnung überantwortet war, in Pola die größten Schlachtschiffe, deren Baukosten bis zu 72 Millionen Kronen betrugen, durch Sprengung versenkt haben, um sie nicht in die Hände der Italiener fallen zu lassen.

Fünftägiger Straßenkampf in Lemberg.

Politiker, die aus Lemberg in Wien eingetroffen sind, teilen mit, daß in Lemberg ein fünftägiger Straßenkampf zwischen Ukrainern und Polen herrschte. Die Stadt wechselte wiederholt ihren Besitzer. Zuletzt war sie in der Gewalt der Ukrainer, die ihre Herrschaft auf ganz Ostgalizien ausgedehnt haben. In Westgalizien fanden arge Pogrome statt, besonders in Chrzamow, Burzow und Zator. Es werden viele Juden getötet, viele verwundet und ein Sachschaden angerichtet, der auf 15 bis 20 Millionen Kronen geschätzt wird.

Franzosen in Budapest.

Der ungarische Kriegsminister verständigte den Magistratsrat, daß in den nächsten Tagen 50 französische Offiziere und 1000 Mann in Budapest eintreffen werden. Der Magistrat traf Vorkehrungen, damit die französische Mannschaft in einer Kaserne untergebracht werde. Die Offiziere werden in Hotels und Privatwohnungen einquartiert.

Der Generalstreik in der Schweiz

scheint an Heftigkeit zuzunehmen. Es sind fast keinerlei Zeitungen erschienen. In Basel hat man das Baseler Regiment und den Landsturm aufgeboten, sowie zur Aufrechterhaltung der Ordnung eine weiße Garde gebildet.

Soldaten- und Arbeiterräte in Italien.

Züricher Blätter melden die Bildung von Soldaten- und Arbeiterräten in Mailand und Rom.

Wilhelm II. in Amerongen.

Aus Amerongen meldet die Niederländische Telegr.-Agentur: Der Exkaiser ist von keinem Mitglied seiner Familie begleitet, sondern ausschließlich von Offizieren seiner Umgebung, von denen einige im Schloß Wohnung genommen haben. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß der Exkaiser vorläufig hier bleiben wird.

Der deutsche Kronprinz in Holland interniert.

Aus Rotterdam wird gemeldet: Dienstag Nachmittag wurde an der Limburger Grenze bei Brönhoven der deutsche Kronprinz interniert.

Gärung in Holland.

Aus Amsterdam wird gemeldet: Vor dem Palais hielt ein revolutionärer Redner eine Ansprache an das Volk, in der er die Menge aufforderte, die Republik aufrichten zu helfen. Die militärische Wache vor dem Palais wurde durch Polizei verstärkt. In Amsterdam spricht in einer der für heute angekündigten Volksversammlungen Troelstra.

Verbrüderungsszenen zwischen deutschen und französischen Truppen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Paderborn meldet: Die Besatzungen der Mittwoch Nachmittag 1,30 Uhr von der Front nach hier zurückgekehrten Flugzeuge melden, daß in den französischen Schützengräben von der belgischen Grenze bis Mons die rote Fahne gehißt ist, und daß die deutschen Truppen sich mit den französischen verbrüdert haben.

Das französische Hauptquartier kommt nach Metz.

„Echo de Paris" meldet, daß das französische Hauptquartier binnen 10 Tagen in Metz sein werde.

Rascher Abschluß des Friedens.

Der Pariser „Herald" meldet aus Newyork: Nach einer Erklärung des Senators Lodge ist mit dem Abschluß des Friedens in fünf Wochen zu rechnen. Die Friedensverhandlungen würden in kürzester Zeit erledigt sein, da die Grundbedingungen in den 14 Punkten Wilsons enthalten seien.

„Temps" bestätigt aufgrund seiner Londoner Informationen die von der Newyorker Zeitung „Evening Star" gebrachte Mitteilung, wonach Präsident Wilson zur Friedenskonferenz nach Europa reisen wird.

Eine englische Stimme gegen die Waffenstillstandsbedingungen.

Die Londoner „Daily News" kritisiert scharf die Waffenstillstands-Bedingungen der Alliierten an Deutschland, die den Keim neuer Kriege in sich trügen, wenn diese die Friedensbedingungen wären. Das Blatt spricht die Überzeugung aus, daß der Friedensschluß keine deutsche Stadt dem Reiche entreiße. Die revolutionären Vorgänge in Deutschland nennt „Daily News" Sturmzeichen des Bolschewismus für die bisher westeuropäische Demokratie.

Rumänische Truppen gegen die Ukraine.

Die Stadt Mohilew in Podolien ist laut Nachrichten der „Südwestbahn" von rumänischen Truppen besetzt. Die ukrainische Regierung beschloß, energisch zu protestieren.

Prinz Friedrich Karl von Hessen

hat, wie am Montag im finnischen Landtag mitgeteilt wurde, in einer Form, die fast der Ablehnung gleichkommt, seine endgiltige Entscheidung über die Annahme der finnischen Krone aufgeschoben.

Wilson über Bolschewismus und deutsche Niederlage.

Präsident Wilson hat auf dem amerikanischen Kongreß eine Ansprache gehalten. Er verlas die Bedingungen des Waffenstillstandes und führte dann u. a. aus: Das Ziel dieses Krieges ist erreicht, und zwar mit einer Vollständigkeit, die wir uns jetzt noch nicht vergegenwärtigen. Die großen Nationen, die sich verbündet haben, um die Militärkaste Deutschlands zu vernichten, haben sich jetzt endgiltig zu dem gemeinsamen Ziele vereinigt, einen Frieden aufzurichten, der in Ausgleichen bestehen wird, die auf etwas viel Besserem und Dauerhafterem beruhen werden, als selbstischen, konkurrierenden Interessen mächtiger Staaten. Es ist die ausgesprochene und verabredete Absicht der Sieger, sowohl die Schwachen zu befriedigen und zu schützen, als den Starken ihre gerechten Ansprüche zuzuerkennen. Der humane Sinn und die Absicht der siegreichen Regierungen hat sich bereits in einer praktischen Weise bekundet. Ihre Vertreter in dem Obersten Kriegsrat zu Versailles haben durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte versichert, daß alles, was den Umständen nach möglich ist, geschehen soll, um sie mit Lebensmitteln zu versorgen und das Elend zu erleichtern, und es sollen unmittelbar Schritte getan werden, diese Unterstützungsmaßregeln in systematischer Weise zu organisieren, wie es in Belgien geschehen ist. Mit Hilfe des brachliegenden

Schiffsraumes der Mittelmächte

sollte es alsbald möglich sein, die unterdrückten Völker von vollständiger Verelendung zu befreien und ihnen den Sinn für die großen und schwierigen Aufgaben des politischen Wiederaufbaues klarzumachen, denen sie sich jetzt überall gegenübersehen. Hunger erzeugt keine Reformen, sondern Wahnsinn und alle häßlichen Krankheiten, die ein geordnetes Leben unmöglich machen, denn mit dem Fallen der alten Regierungen ist nicht nur eine politische Veränderung eingetreten, sondern eine Revolution. Mit welchen Regierungen werden wir es bei der Aufrichtung des Friedens zu tun haben, mit welcher Autorität werden sie uns gegenübertreten und mit welcher Bürgschaft, daß ihre Autorität von Dauer sein wird, und die internationalen Abmachungen aufrecht erhalten werden, die wir zu schließen im Begriffe sind? Hier liegt ein Grund für keine geringen Sorgen und Befürchtungen. Wenn Frieden geschlossen ist, auf wessen Versprechungen und Verpflichtungen, außer denen von uns selbst, wird er beruhen? Seien wir offen gegen uns selbst und geben wir zu, daß diese Fragen jetzt sofort nicht befriedigt werden können. Ordnungslosigkeit überwältigt sich bald selbst. Wenn Exzesse vorkommen, wenn Ordnungslosigkeit eine Zeit lang ihr Haupt erheben sollte, dann wird später nüchterne Einsicht kommen und ein Tag konstruktiven Handelns, wenn wir helfen und nicht hindern. Die Völker, die eben erst aus dem Joch der Willkürlichkeit herausgekommen sind und die jetzt endlich in den Besitz ihrer Freiheit gelangen, werden die Plätze der Freiheit, die sie suchen, niemals finden können, wenn sie es beim Scheine der Fackel tun. Sie werden finden, daß jeder Weg, der mit dem Blute ihrer eigenen Brüder besudelt ist, in die Wildnis und nicht zum Sitze ihrer Hoffnung führt. Sie stehen jetzt vor ihrer ersten Probe. Wir müssen uns ruhig halten, damit sie sich selbst finden, und in der Zwischenzeit müssen wir den Frieden aufrichten, der ihren Platz unter den Nationen gerecht bestimmt, alle Furcht vor ihren Nachbarn und seitherigen Herren beseitigen und sie instandsetzen, sicher und zufrieden zu leben, wenn sie ihre eigenen Angelegenheiten in Ordnung gebracht haben.

Deutsches Reich.

Berlin, 13. November 1918.

— Die Königin Marie Therese von Bayern die infolge der Aufregungen der letzten Tage schwer erkrankt war, ist im 70. Lebensjahr gestorben. Am 20. Februar feierte sie noch ihre goldene Hochzeit mit dem Könige, dem sie dreizehn Kinder geboren hat, von denen neun noch leben.

— Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Verordnung über Kunsthonig sowie eine Bekanntmachung, betreffend Änderung der Ausführungsbestimmungen vom 10. und 27. Oktober 1916 zu der Verordnung über Rohtabak.

Das Ergebnis der 9. Kriegsanleihe.

Das Ergebnis der 9. Kriegsanleihe beträgt nach den bisher vorliegenden Meldungen ohne die zum Umtausch gelangten älteren Kriegsanleihen

10 Milliarden 337 Millionen Mark.

Teilzahlungen stehen noch aus, sodaß sich der Gesamtbetrag noch etwas erhöhen dürfte.

Im Hinblick auf die schwierigen Verhältnisse, unter denen die Kriegsanleihe aufgelegt wurde, muß dieses Ergebnis, wenngleich es an die Resultate der vorangegangenen Anleihen erklärlicherweise nicht heranreicht, doch höchst befriedigend bezeichnet werden.

Provinzialnachrichten.

Allenstein, 14. November. (Die „[illegible] Zeitung") ist vom Arbeiter- und Soldaten[illegible] stein in Beschlag genommen und erscheint jetzt unter dem Titel „Das neue Vaterland".

Tilsit, 12. November. (Das Urteil im Mordprozeß Naerger.) Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage des Totschlags, bejahten aber die Frage der Körperverletzung mit Todesfolge. Der Staatsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe von vier Jahren beantragt. Das Gericht erkannte auf 2½ Jahre Gefängnis unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft. Der Angeklagte erklärte, daß er darüber, ob er sich mit dem Urteil beruhige, noch keine Erklärung abgeben möchte. Dem vom Verteidiger gestellten Antrage auf Aufhebung des Haftbefehls konnte mit Rücksicht auf die Höhe der Strafe nicht entsprochen werden. Dem Angeklagten wurde jedoch ein kürzerer Urlaub zur Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten gewährt.

Zur politischen Umwälzung in unserer Ostmark.

Marienwerder, 12. November. Die städtischen Behörden haben sich nach einer Bekanntmachung des Magistrats mit den anderen Behörden dem hier gebildeten Soldatenrat unterstellt. In der Verwaltung der Stadt wird nichts geändert, und auch die städtische Polizei bleibt in voller Tätigkeit.

Nakel, 12. November. Eine Anzahl von der sozialdemokratischen Parteileitung beauftragter Soldaten hat die Stadt in Besitz genommen und gewährleistet die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bis zum Eintreffen und der Einsetzung des Arbeiter- und Soldatenrats.

Freystadt, 13. November. (Gründung eines Arbeitsrats.) In einer gutbesuchten Versammlung von Männern und Frauen im Düsterhöftschen Saale wurde, nachdem Bürgermeister Wende mit kurzen Worten über den Zweck der Zusammenkunft gesprochen und Maschinenfabrikbesitzer Gruse zum Versammlungsleiter und Gasmeister Potyka und Kaufmann Weiß zu Beisitzern gewählt worden waren, ein Arbeitsrat gewählt. Nach der Versammlung wählte der Arbeitsausschuß aus seiner Mitte einen Vorstand, und zwar: Bürgermeister Wende als Vorsitzer, Fabrikbesitzer Gruse als Stellvertreter, Bahnmeister Kosmehl als Schriftführer und Schlossermeister Kollwer, sowie Gasmeister Potyka als Beisitzer. Zum Schluß der Versammlung wurde von einem Redner die Bitte ausgesprochen, daß jeder darauf achten möchte, daß Ruhe und Ordnung auf den Straßen herrsche.

Dt. Eylau, 13. November. Die hiesige Bevölkerung hielt im Stadtverordnetensitzungssaale unter Leitung des Bürgermeisters Giese eine Versammlung ab, die einen vorläufigen Arbeiterrat, der aus 12 Personen besteht, wählte. Rote Plakate zeigten die Konstituerung an. Der Arbeiterrat hat die Leitung der Stadtverwaltung übernommen. Verhandlungen mit der bisherigen Stadtvertretung wegen gemeinsamer Arbeit sind in die Wege geleitet.

Neumark, 13. November. Gestern Nachmittag konstituerte sich im Landshutschen Saale für die Stadt Neumark auch ein Arbeiterrat. Er wird die Aufsicht über die hiesigen Behörden ausüben und Hand in Hand mit dem Soldatenrat arbeiten. Die hiesigen Behörden haben sich dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt.

Löbau, 13. November. Hier wurden gestern eine Anzahl Läden geplündert. Unter Führung von einem Matrosen und einem Unteroffizier bildete sich vormittags ein Zug von etwa 200 Menschen, meist halbwüchsiger Burschen, der geschlossen durch die Straßen zog, wobei es zu vielfachen Plünderungen kam. Verschiedenen Konfektions-, Kolonialwaren- und Zigarrengeschäften ist dabei erheblicher Schaden zugefügt worden. Am Nachmittag trafen in zwei Autos etwa 50 Soldaten mit einem Maschinengewehr aus Dt. Eylau ein, die alsbald die Ruhe wieder herstellten, ohne daß es zu Blutvergießen kam. Fünf Rädelsführer, darunter drei Zivilpersonen, wurden verhaftet. Der Matrose entkam. Die Bestrafung erfolgt durch den Soldatenrat Dt. Eylau. — Heute hat sich inzwischen auch in Löbau ein eigener Soldatenrat gebildet.

Pr. Stargard, 12. November. Die Leitung der „Pr. Stargarder Zeitung" ist der Aufsicht des Soldatenrats unterstellt. — Bei den am Montag erfolgten Wahlen für den Arbeiterrat wurden 36 Personen aus den verschiedensten Arbeiter- und Berufsklassen gewählt. In der abends abgehaltenen Versammlung des Arbeiterrats wurden außer dem Vorstande noch Kommissionen zur Kontrolle des Magistrats, der Kreisverwaltung und des Kriegsernährungsamtes eingesetzt, sowie Kontrolleure für die Nahrungsmittelgeschäfte und Milchhandlungen bestellt.

Danzig, 13. November. Der Zustrom der Soldaten aus der Provinz nach Danzig ist sehr groß und kann schließlich für die Provinzialhauptstadt zur Gefahr werden; denn es ist nicht möglich, alle die Tausende Soldaten aufzunehmen und zu verpflegen. Um aller Möglichkeit vorzubeugen, soll am Mittwoch eine Bürgergarde gebildet werden, zu der 1000 organisierte Arbeiter Danzigs benötigt werden. Ein öffentlicher Aufruf hat zu der Gründungsversammlung eingeladen. — Die Gründung einer Bürgerwehr ist heute Vormittag in einer öffentlichen Versammlung in Schidlitz erfolgt. In die aufgelegten Listen zeichneten sich über 1000 Personen ein. Die Arbeiter erhalten, soweit sie in Staatsbetrieben beschäftigt sind, ihren Lohn weiter, alle anderen empfangen ihren Lohn von der Regierung. Seit heute ist auch die Danziger Schutzmannschaft wieder im Dienst. Der Arbeitsausschuß der Beamten und Lehrer in Danzig wählte gestern einen Ausschuß von 12 Mitgliedern, der Aufnahme im Aktionsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats nachsuchen soll.

Marienburg, 13. November. Nachdem in Marienburg Ruhe und Ordnung hergestellt ist, sind leider Unruhen und Plünderungen durch Soldaten mit der Waffe in der Umgegend, im Werder, in Großlesewitz, vorgekommen. Ein ehemaliger Festungsgefangener, der mit russischen Kriegsgefangenen beim Gutsbesitzer Quiring in Schroop arbeitete und die Russen zu Raub und Plünderung in der Stadt Marienburg aufforderte, wurde heute dem Arbeiter- und Soldatenrat vorgeführt, der ihn schwer bestrafte.

Breslau, 13. November. Die Umwälzung vollzog sich in der Nacht zum Sonntag. In den Kasernen wurden die Soldaten aus den Betten geholt, große Scharen von Soldaten zogen durch die Straßen, suchten die Gefängnisse auf und befreiten die Gefangenen. Nachts wurden im Stadtinnern viele Schüsse gehört. An verschiedenen Stellen sind Ausschreitungen und Zerstörungen vorgekommen. So sind auf der Albrechtstraße ein Schaufenster des Garderobengeschäfts von Prager und auf der Schuhbrücke eine ganze Reihe von Schaufenstern des Modegeschäfts von Schäfer an der Ecke der Ohlauer Straße eingeschlagen worden. Auch gegen das Geschäft von Lewin wurden Ausschreitungen begangen. In der Sitzung des Volksausschusses, der sich nunmehr Volksrat nennt, hat Stadtverordneter Löbe die Ausschreitungen gegen die genannten Geschäfte und gegen das Geschäftshaus der „Schlesischen Zeitung" bedauert. Dort war ein Redakteur für kurze Zeit verhaftet worden.

An die deutsche Landbevölkerung!

Die neue deutsche Reichsregierung ruft hiermit alle Schichten der ländlichen Bevölkerung ohne Unterschied der Parteirichtung auf zu gemeinsamer freiwilliger Bildung von Bauernräten, um die Volksernährung, die Ruhe und Ordnung auf dem Lande, sowie die ungehinderte Fortführung der ländlichen Betriebe sicherzustellen.

Die Reichsregierung hat den Wunsch, die staatlichen Eingriffe zur Sicherung der Volksernährung auf das absolut Notwendige zu beschränken, in der Erkenntnis, daß Freiwilligkeit und Selbstverwaltung schneller und besser zum Ziele führen, als die beste bürokratische Organisation. Je mehr die ländliche Bevölkerung durch freiwillige selbstgeschaffene Orts- und Gemeindeausschüsse dazu beiträgt, daß schnell und fortlaufend die erforderlichen Lebensmittelmengen zur Sicherung der Volksernährung bereitgestellt werden, je weniger wird es zu zwangsweisen Eingriffen kommen. Die ländliche Bevölkerung hat es also selber in der Hand, diese auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Die ländliche Bevölkerung kann versichert sein, daß die Reichsregierung sie nachdrücklichst schützen wird vor allen willkürlichen Eingriffen Unberufener in ihre Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Wenn der Hunger niemanden aus der Stadt auf das Land treibt und die von der Front zurückflutenden Soldatenmassen regelrecht verpflegt werden können, wird es solcher Schutzmaßnahmen garnicht bedürfen. Deshalb ist die freiwillige Lieferung der erforderlichen Lebensmittelmengen das sicherste Schutzmittel vor Störungen der Ruhe und Ordnung auf dem Lande und garantiert auch am besten den ungestörten Fortgang der ländlichen Betriebe. Dieser Zusammenhänge möge die ländliche Bevölkerung sich bewußt sein und alles tun, was in ihren Kräften steht, das deutsche Volk in dieser schweren Zeit vor dem Verhungern zu schützen. Niemand wird Unbilliges von ihr verlangen und sie verantwortlich machen, wenn Transportschwierigkeiten oder andere Umstände Stockungen in der Versorgung der Bevölkerung verursachen; aber im eigenen Interesse und in dem der Volksgesamtheit muß die Landbevölkerung jetzt ohne jeden Verzug die freiwillige Organisierung von Bauernräten in die Hand nehmen.

Erfreulicherweise haben die berufenen Organisationen der deutschen Landwirtschaft sich bereits mit einem solchen Vorschlag an die landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands gewendet und sich mit der neuen Reichsregierung darüber verständigt.

Jetzt gilt es schnell zu handeln, jede Passivität auszuschalten und in freiwilliger, gemeinsamer Zusammenarbeit der Bauernräte auf dem Lande mit dem Kriegsernährungsamt und den Arbeiter- und Soldatenräten in den Städten alle Gefahren abzuwenden, die eine akute Hungersnot über den Einzelnen und über die Volksgesamtheit heraufbeschwören muß.

Bauern, Landarbeiter, Handwerker und Gewerbetreibende auf dem Lande:

Bildet unverzüglich Bauernräte!

Der Rat der Volksbeauftragten:

Ebert. Haase. Landsberg. Scheidemann.
Barth. Dittmann.

Berlin, den 12. November 1918.

Lokalnachrichten.

Zur Erinnerung. 15. November. 1917 Eroberung von Cismon. Ernennung Clemenceaus zum französischen Ministerpräsidenten. 1916 Furchtbare Explosion in Archangelsk. † Botschafter von Tschirschky-Bögendorff. 1915 Erstürmung der französischen Stegungen am Karassuflusse. 1914 Großer Sieg über die Russen bei Kutno. 1910 † Wilhelm Raabe, hervorragender deutscher Schriftsteller. 1893 Vertrag zwischen Deutschland und England betreffend Kamerun. 1862 * Gerhard Hauptmann, deutscher Dramatiker. 1831 Vertrag

betreffend die Neutralität Belgiens. 1796 Dreitägige Schlacht bei Arcole zwischen Österreichern und Franzosen. 1787 † Christoph Ritter von Gluck, herrorragender deutscher Tondichter. 1738 * Friedrich Wilhelm Herschel, berühmter Astronom. 1715 Einnahme der Insel Rügen durch die Brandenburger. 1630 † Joh. Kepler, der Entdecker des Gesetzes der Planetenbewegung.

Thorn, 14. November 1918.

— (Auf dem Felde der Ehre gefallen) sind aus unserem Osten: Vizefeldwebel Emil Tuauntke aus Klein Trebis, Kreis Culm; Sanitäts-Gefreiter Heinrich Grafsunder aus Hohensalza; Sergeant Wilhelm Weiß aus Klein Morin, Kreis Hohensalza; Fleischermeister Adolf Rutkowski aus Thorn.

— (Das Eiserne Kreuz) erster Klasse erhielt: Sergeant Albert Preuß (Ul. 4), Sohn der Witwe Pauline P. in Damerau.

— (Ordensverleihung.) Verliehen wurde dem Mühlenbesitzer Rosanowski in Graudenz der Rote Adlerorden 4. Klasse.

— (Die Sicherheit der Bankkonten.) Folgende amtliche Meldung wird durch W. T.-B. verbreitet und dürfte zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen: „Die Gerüchte, daß die Inhaber von Bankkonten kein Verfügungsrecht über ihre Einlagen behalten sollen, sind unbegründet. Um die Auszahlung von Löhnen und Gehältern nicht zu gefährden, wird das Verfügungsrecht über die Einlagen in dem bisherigen Umfang aufrecht erhalten bleiben.

— (Die Viehzählung) am 4. Dezember erstreckt sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Gänse, Enten, Hühner und zahme Kaninchen. Die nächste Zählung hätte am 1. Dezember d. Js. stattzufinden. Durch die Zusammenlegung mit der Volkszählung auf einen Tag wird das Zählgeschäft, die Austeilung und die Wiedereinsammlung der Zählpapiere in den Haushaltungen usw. für alle beteiligten Stellen, sowohl für die Behörden, wie für die Zähler und die gesamte Bevölkerung, wesentlich erleichtert und vereinfacht.

— (Zur Beruhigung!) In der letzten Zeit kursieren hier eine Reihe von Gerüchten über Sonderbestrebungen und Putschversuchen der Polen. Derartige Gerüchte sind völlig unbegründet. Wie wir hören, stehen Verhandlungen zur Bildung einer polnischen Kommission als Vertretung im Arbeiter- und Soldatenrat vor dem Abschluß, sodaß diese Sorge für Thorn und Umgegend wohl in der nächsten Zeit als geregelt gelten kann.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Posen veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Das Gerücht, daß polnische Legionäre auf dem Anmarsch auf Posen sein sollen, beunruhigt die Bevölkerung. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat sofort eine Kommission, der sich unter Führung des Abgeordneten Dr. Seyda die Vertreter der polnischen Reichstags- und Landtagsfraktion angeschlossen haben, nach der Landesgrenze abgesandt. Die polnischen Abgeordneten erklärten, daß sie es auf keinen Fall zu einem Zusammenstoß mit den deutschen Soldaten kommen lassen werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärt, daß eine Gefahr für die Bevölkerung Posens gänzlich ausgeschlossen ist. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist gewährleistet.

Von polnischen Einfällen in Oberschlesien waren in der Berliner Presse Gerüchte verbreitet. Danach habe sich Beuthen (Oberschles.) so bedroht gefühlt, daß es Militär aus Gleiwitz und Breslau zur Hilfe erbeten habe, und die Zivilbevölkerung sei so verängstigt, daß einzelne Familien schon abgereist seien. Diese Gerüchte von einem Polen-Einfall sind ebenso unbegründet wie die jüngst verbreiteten über die Einnahme von Gnesen durch die Polen, d. h., es sind Erzeugnisse einer etwas stark erregten Phantasie. Die Gerüchte sind wohl darauf zurückzuführen, daß in und bei Sosnowice (an der oberschlesischen Grenze, nicht auf deutschem Gebiet) kleine bolschewistische Putsche stattgefunden haben, die aber nur eine örtliche Bedeutung hatten.

— (Thorner Stadttheater.) Aus dem Theaterbüro: Der Freitag bringt eine Wiederholung des Studentenstückes „Alt-Heidelberg", während am Sonnabend Ernst von Wildenbruchs Schauspiel „Die Rabensteinerin" neueinstudiert erstmalig in Szene geht. Am Sonntag Nachmittag — Anfang 2 Uhr — kommt bei ermäßigten Preisen „Die Fledermaus" zur Wiederholung, während abends Schillers Schauspiel „Wilhelm Tell" zur zweiten Aufführung gelangt.

— (Offenhaltung der Gastwirtschaften bis 9 Uhr.) Nach einer gestern erlassenen Verfügung ist der Verkehr auf den Straßen nur von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh verboten. Bis 9 Uhr abends dürfen die Restaurants jeder Art offengehalten werden.

— (Feuer.) Am Montag Nachmittag wurde die Feuerwehr nach der Roesnerstraße 2 gerufen, um einen bei dem Büchsenmacher Behrendt in der Giebelstube entstandenen Brand zu löschen. Möbel, Betten, Kleidungsstücke, der Fußboden und die Balkenlage wurden durch den Brand stark beschädigt. Die Entstehungsursache war bisher nicht zu ermitteln. Das Feuer konnte mit einer Schlauchleitung auf seinen Herd beschränkt und in kurzer Zeit gelöscht werden.

Durch Explosion einer Spirituslampe entstand ebenfalls am Montag Nachmittag in der Bergstraße bei Pielicki ein Gardinenbrand. Von der Feuerwehr konnte das Feuer bald erstickt werden.

— (Der Polizeibericht) verzeichnet heute keinen Arrestanten.

Aus dem Landkreise Thorn, 14. November. (Bergung der Hackfruchternte.) Das stellv. Generalkommando in Danzig hat die Truppenteile angewiesen, der Landwirtschaft zur Bergung der Hackfruchternte, einschließlich Zuckerrüben, Mannschaften zu überweisen. Anträge auf Gestellung von Soldaten sind beim Gouvernement zu Thorn zu stellen.

Letzte Nachrichten.

Ein erfundener Geheimvertrag.

Berlin, 14. November. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Mehrere Zeitungen bringen den Text eines angeblichen Memorandums, das ein japanischer Gesandter namens Oda in Berlin ausgegeben haben soll und den Text eines angeblich im Entwurf bereits festgestellten Geheimvertrages zwischen Deutschland und Japan. Wir sind von der zuständigen Stelle zu der Erklärung ermächtigt, daß die ganze Nachricht von Anfang bis zu Ende erfunden ist.

20 Plünderer standrechtlich erschossen.

Hannover, 14. November. Standrechtlich erschossen wurden in Bremen 20 Angehörige der sogenannten fliegenden Division, die an zahlreichen hiesigen Plündereien beteiligt waren. Sie hatten sich Dienstag Morgen des Bahnhofs Hannover bemächtigt, Gewehrfeuer auf die Umgebung eröffnet und den Zugverkehr auf mehrere Stunden gänzlich verhindert. Eine weitere Anzahl wurde festgenommen und sieht nach Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrates ihrer standrechtlichen Verurteilung entgegen.

Königin Marie Therese auf dem Wege der Besserung.

München, 14. November. Über das Befinden der Königin Marie Therese meldet die Korrespondenz Hoffmann: Nach den von uns an maßgebender Stelle eingezogenen Erkundigungen ist an der Blättermeldung, daß die Königin Marie Therese gestorben sei, kein wahres Wort. Die Königin ist allerdings leidend, ihr Befinden hat sich aber in der letzten Zeit sehr gebessert und gibt augenblicklich zu Befürchtungen keinen Anlaß.

Von der Armee Mackensens.

Budapest, 14. November. Generalfeldmarschall von Mackensen richtete an den ungarischen Nationalrat ein Telegramm, worin er mitteilt, daß er das Hauptquartier nach Hermannstadt verlegt habe und um Zustimmung und Unterstützung des Nationalrates bitte, damit die ihm unterstellten Truppen möglichst rasch auf eine Art, die mit der militärischen Ehre der deutschen Armee vereinbar wäre, nach Deutschland zurückgeführt werden können.

Wilsons Wohlwollen für Deutschland.

Rotterdam, 14. November. (Drahtlos.) Hier wurde folgender Funkspruch von dem schweizerischen Gesandten in Washington an das Ministerium des Äußern in Bern aufgefangen.

Ich habe dem Staatsdepartement ohne Verzug die Mitteilung der deutschen Regierung zugestellt, die ihr kabelt, Nr. 57 enthielt, und Staatssekretär Lansing ermächtigt mich, folgende Antwort zu übermitteln:

In der gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der alliierten Regierungen in dem obersten Kriegsrat in Versailles durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte versichert haben, daß alles, was unter den Umständen möglich ist, geschehen wird, um sie mit Lebensmitteln zu versorgen und die Not erleichtern, die an vielen Orten geradezu das Leben bedroht, und daß unmittelbar Schritte getan werden sollen, um diese Unterstützung in derselben systematischen Weise zu organisieren, wie es im Falle mit Belgien geschehen ist. Weiterhin sprach der Präsident seine Absicht aus, daß mit Hilfe des stilliegenden Schiffsraumes der Mittelmächte es alsbald möglich sein müsse, ihre unterdrückte Bevölkerung von der Furcht vor völliger Verelendung zu befreien und ihren Sinn und ihre Energie für die großen und schwierigen Aufgaben des politischen Wiederaufbaues frei zu machen, denen sie überall gegenüberstehen.

Dementsprechend beauftragt mich der Präsident zu erklären, daß er bereit ist, die Belieferung Deutschlands mit Lebensmitteln in wohlwollende Erwägung zu ziehen und die Frage sofort mit den Verbündeten zu erörtern, vorausgesetzt, daß er versichert sein kann, daß öffentliche Ordnung in Deutschland weiterhin ist und bleibt, und daß eine unparteiische Verteilung der Lebensmittel verbürgt ist.

Gez. Sulzer, schweizerischer Gesandter.

Hilfeleistung auch von englischer Seite zugesagt.

London, 14. November. (Reuter.) Im Laufe der gestrigen Debatte im Unterhause über die Kreditvorlage sagte der Lebensmittelkontrolleur: Der Sieg hat den Alliierten die Pflicht auferlegt, für die sofortigen Bedürfnisse des geschlagenen Feindes zu sorgen. Das Lebensmittelministerium sei darüber unterrichtet, was die hungernden Nationen brauchen und es würden Maßregeln zu rascher Hilfeleistung getroffen werden.

Ein britisches Schlachtschiff gesunken.

London, 14. November. (Reuter.) Die Admiralität teilt mit, daß das britische Schlachtschiff „Audacious" nördlich der irischen Küste am 27. Oktober auf eine Mine gelaufen und gesunken ist.

Zum Eindringen rumänischer Truppen in Podolien.

Kiew, 14. November. Das Eindringen rumänischer Truppen in Podolien erfolgte nach Zeitungsmeldungen, um Rumänien vor dem Eindringen österreichisch-ungarischer Deserteure zu schützen und es geschah mit Wissen der Entente. Das rumänische Eindringen stieß auf bewaffneten Widerstand der ukrainischen Bauernbevölkerung. Es scheint sich zunächst nur um die Besetzung des nördlichen Bessarabiens bis an den Dnjestr zu handeln.

Die Wiedereröffnung des amtlichen Börsenverkehrs findet am Freitag den 15. November 1918 statt.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag den 12. November 1918.

Altstädtische evangl. Kirche. Abends 6 Uhr: Kriegsgebetsandacht Pfarrer Lic Freytag.

St. Georgenkirche. Abends 8 Uhr: Kriegsbetstunde. Pfarrer Heuer.

Verordnung.

Für den Gemeindebezirk Thorn verordne ich gemäß der mir nach § 12 der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter vom 23. September 1918 (R.-G.-Bl. S. 1141) erteilten Ermächtigung der Landeszentralbehörde aufgrund des § 6 daselbst, was folgt:

§ 1.

Vermieter von Wohnräumen können ein Mietverhältnis rechtswirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Mieteinigungsamtes kündigen.

§ 2.

Ein ohne Kündigung ablaufendes Mietverhältnis gilt als auf unbestimmte Zeit verlängert, wenn der Vermieter nicht vorher die Zustimmung des Mieteinigungsamtes zu dem Ablauf erwirkt hat.

§ 3.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung inkraft.

Marienwerder den 5. November 1918.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung:
Dumrath.

Veröffentlicht:
Thorn den 12. November 1918.
Das Mieteinigungsamt.

Am 12. d. Mts. verstarb an den Folgen einer bei Militär zugezogenen Krankheit mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, der

Fleischermeister

Adolf Rutkowski

im 47. Lebensjahre.

Thorn den 13. November 1918.

In tiefer Trauer:

Frau F. Rutkowski und 3 Kinder.

Die Beerdigung findet am Freitag den 15. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der St. Johanniskirche aus statt; die Trauermesse am gleichen Tage morgens ½9 Uhr.

Landwirte Westpreußens!

Die Umwälzung unserer inneren Verhältnisse bringt die schwere Gefahr einer Erschütterung unserer Volksernährung mit sich, die von allen, was uns noch betreffen könnte, das weitaus schlimmste wäre.

Das Stocken der Nahrungsmittelzufuhr würde es unmöglich machen, die **gegenwärtige Bewegung in geordneten** Bahnen zu halten. Der Hunger würde alle Bande staatlichen Zusammenhanges sofort lösen und die schrecklichsten inneren Kämpfe hervorrufen. Hiervon würden am schwersten diejenigen betroffen werden, die am wenigsten imstande sind, sich zu helfen Kinder, Mütter, Greise und alle, denen Gewalttätigkeiten fern liegen.

Die Auflösung der Ordnung würde sich nicht auf die Stadt beschränken, sondern würde sofort auf das Land übergreifen. Die Unterbrechung des geregelten Verkehrs, die nicht zu verhindernden Gewalttätigkeiten jeder Art würden alle Lebensmöglichkeit unterbinden. Der einzelne würde hiergegen machtlos sein. Dem muß unter allen Umständen vorgebeugt werden.

Ihm kann auch vorgebeugt werden, aber nur dann, wenn im Zusammenwirken aller Beteiligten die Hungersnot verhütet wird.

Wir richten daher an alle **Landwirte der Provinz Westpreußen die dringende Bitte, um des Forstbestandes der Gesamtheit willen, zu der sie selbst gehören, in der Hergabe von Getreide, Kartoffeln und sonstigen Nahrungsmitteln an die hierzu bestimmten Stellen keine Stockung eintreten zu lassen.**

Landarbeiter!

An Euch wenden wir uns mit der Bitte, jetzt nicht zu versagen. Jetzt kommt es auf Eure Mitarbeit an.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln muß aufrecht erhalten werden.

Sonst brechen Hungersnot, Seuche und Gewalttätigkeiten in den schrecklichsten Gestalten über alle herein, auch über Euch. Treibt erst der Hunger ungezügelte Scharen aus den Städten auf das Land, dann hört jeder friedliche Verkehr auf und der Gewalt unterliegt, wer sie nicht rechtzeitig durch seine Mitarbeit in der Ernährung verhütet hat.

Stellt nicht die Arbeit ein! Laßt nicht nach! Sorgt dafür, daß die Wirtschaft auf dem Lande ihren alten geregelten Gang gehe.

Danzig den 12. November 1918.

Der Oberpräsident.
von Jagow.
Der Arbeiter- und Soldatenrat.
Julius Gehl.

Aufruf

an die Militär- und Zivilbevölkerung:

Im Einvernehmen mit dem Magistrat und dem Landrat des Landkreises Thorn, sowie mit dem Gouvernement bestimme ich für den Stadtkreis Thorn, die Gemeindebezirke Podgorz, Piask, Rudak und Stewken sowie den Gutsbezirk Schießplatz Thorn:

1. Der Verkauf von Alkohol an sämtliche Militär- und Zivilpersonen wird verboten.
2. Die Polizeistunde für sämtliche öffentlichen Lokale (Wirtshäuser, Restaurants, Cafés, Konditoreien usw.) wird auf 9 Uhr abends festgesetzt.
3. Das Betreten der Straßen für die Zivilbevölkerung (Beamte eingeschlossen) ist von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten. Ausnahmen sind nur aufgrund eines von mir ausgestellten und vom Gouvernement gestempelten Ausweises gestattet.
4. Zapfenstreich für sämtliche Militärpersonen ohne Unterschied 9 Uhr abends.
5. Das Tragen von Waffen jeder Art (auch Seitengewehren) wird allen Militär- und Zivilpersonen verboten, außer den Wachtmannschaften und den mit Waffenschein des Polizeimeisters versehenen Zivilpersonen. Die bisherigen Waffenscheine sind ungiltig.

Uebertretungen werden rücksichtslos bestraft; Plünderung mit dem Tode.

Haussuchungen dürfen nur von Personen vorgenommen werden, die mit einem von mir unterschriebenen und vom Gouvernement gestempelten Ausweis versehen sind.

Thorn den 13. November 1918.

Genehmigt:

Der Soldatenrat: Manegold. Raube.

Burckard, **Polizeimeister.**

Infolge Personalmangel sehen wir uns genötigt, vom 11. November an bis auf weiteres

unsere Kassen nur vormittags bis 1 Uhr offen zu halten.

Nachmittags sind unsere Kassen geschlossen.

Bank Związku Spółek Zarobkowych, Filiale Thorn,
Deutsche Bank, Filiale Thorn,
Kreissparkasse Thorn,
Ostbank für Handel und Gewerbe, Zweigniederlassung Thorn,
Stadtsparkasse Thorn,
Vorschuss-Verein zu Thorn, e. G. m. u. H.

Unsere Geschäftsräume

sind vorläufig nur in der Zeit von

9 bis 3 Uhr für das Publikum geöffnet.

Thorn den 13. November 1918.

Die Handelskammer zu Thorn.
Emil Dietrich.

Meine Sprechstunde

halte ich jetzt von 1—6 Uhr ab.

Arthur Heinrich
Dentist.

Fernsprecher 836.

Wegen Personalmangels bitte vorläufig die bei mir bestellten

Zeitschriften gütigst abholen zu wollen.

Thorn den 9. November 1918.

Emil Golembiewski.

Fleischer-Innung.

Am 15. November, 2 Uhr nachm., findet die Beerdigung des verstorbenen Fleischermeisters

Adolf Rutkowski

von der St. Johanniskirche aus statt. Die Mitglieder werden gebeten, zur genannten Zeit zahlreich zu erscheinen. **Jasinski.**

Lämmchen

Kleinkunstbühne, Gerechtestraße 3.

Nur noch 2 Tage der erfthälftige

November-Spielplan.

Anfang 5 Uhr!

Gebildetes Fräulein, gründlich mit der Führung eines bürgerlichen, auch feinen Haushalts und allen häuslichen Verrichtungen vertraut, sucht als

Hausdame

im frauenlosen Haushalt vom 1. n. Mts. oder später Stellung.

Gefl. Angebote unter **B. 3807** an die Geschäftsstelle der „Presse“ erb.

Brennholz-Verkauf.

Montag, 18. November 1918, vormittags von 10 Uhr ab, werden im Gasthause zu Wolfserbe nachstehende Brennhölzer verkauft:

Jagen 22 b,
Birken, Kloben und Knüppel,
Jagen 23 c,
Fichtenstangenhaufen.

Die Hölzer können vor dem Termin besichtigt werden.

Die Forstverwaltung Wolffserbe.

Meine Sprechstunden

sind

vorm. von 9 12 Uhr,
nachm. „ 3–6 „

M. von Tempski,
prakt. Zahnarzt, Thorn Westpr.,
Telephon 540.

Mein Geschäft

ist wegen Personalmangels von heute ab von

7½—4 Uhr geöffnet.

Franz Zährer.

Morgen auf dem Fischmarkt

frischer Weichsellachs

in Stücken. Ferner ostpr.

Stinte.

Scheffler,
Fernruf 415.

Eingetroffen!

Holländer-Austern,

auch außer dem Hause abzugeben

Hotel 3 Kronen.

Odeon-Lichtspiele, Gerechtestr. 3.

Von Freitag bis Montag:

Die Serenyi.

Novelle von Otto Erich Hartleben in 4 Akten.

Hauptrolle Lya Mara.

Personen:

Herbert v. Hartenstein . Leopold v. Ledebur, Schauspielh. Berlin.
Heinz v. Treskow . . Erich Kaiser-Tietz, Trianon-Th.
Detlef v. Meinsdorf . . Lupu Pick, Kl.-Theater, Berlin
Frau Serenyi . . . Asta Hillés, „ „
** Lya Mara ** . ** Erich Kaiser-Tietz.

Baroneschen, auf Strafurlaub.

Lustspiel 3 Akte.

Hauptrolle Jenny Marba.

Personen:

Die Baronin . . . * * *
Lisa, ihre Tochter . Hanne Brinkmann.
Baron Egon . . . Hans Albers.
Baron Mutz . . . Ferry Sikla.
E. Schute . . . . Westenmayer.

Arbeiter u. Arbeiterinnen

stellt sofort ein

Sägewerk Thorn-Holzhafen.

Zur Ausführung von Reparaturen an

Zentral-heizungen,

Wasserleitungen u. Pumpen, sowie an Winden, Fahrstühlen u. Aufzugsanlagen empfiehlt sich

Georg Schloemp,
Thorn-Mocker, Schmiedestraße 6, an der Amtsstraße

Fuhrleute

zum Anfahren von Rundholz nach meinem Dampfsägewerk Mocker, Nonnenstraße 3, sofort gesucht.

G. Soppart,
Fischerstraße 59.

Wer erteilt gründlichen

poln. Unterricht

in Wort und Schrift?

Anerbieten unter **D 3804** an die Geschäftsstelle der „Presse“ erb.

Militärperson sucht (auch Aushilfe) als

Schreiber

oder andere leichte Beschäftigung.

Angebote unter **T. 3794** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Fuhrleute

zur Anfuhr von trockenen Grubenholzstangen aus der Majoratsforst Wolffserbe nach Bahnhof Hofleben bei gutem Fuhrlohn gesucht. Meldungen beim

Revierförster Jähring,
Wolffserbe.

Welcher edeldenkender Mann will mit einer besseren 31 jährigen, schuldlos geschiedenen Dame

eine glückl. Ehe erbauen.

Kriegsinvalide bevorzugt

Zuschriften unter **A. 3801** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Geld gegen monatliche Rückzahlung verleiht **J. Maus, Hamburg 5.**

Bekanntmachung

des Aktionsausschusses in Danzig vom 12. Nov. 1918.

„Selbstzucht und Ordnung tun not“ so sagte die Volksregierung in ihrem Aufruf vom 4. November. Selbstzucht und Ordnung, das heißt **Disziplin**. Disziplin wird von jeder Gemeinschaft verlangt. **Disziplin** lernten wir zuerst in der **Schule**. **Disziplin** hält den Verein zusammen **Disziplin** ist die Stärke der Gewerkschaft. **Disziplin** schafft die Macht der Partei. Wer sich nicht ein- und unterordnen kann, der gefährdet den Bestand der Organisation. Durch Ein- und Unterordnung ist unser Heer stark geworden. Nur die Disziplin hat uns Kraft gegeben, mehr als 4 Jahre der **ganzen Welt siegreich zu widerstehen**: die größte Organisation, der wir angehören, ist das deutsche Reich. Auch des Reiches Macht beruht auf Disziplin: auf **Volksdisziplin**. Die Volksdisziplin ist die höchste, sie verlangt freiwillige Unterordnung. **Freiwillige Unterordnung** erst heißt **Selbstzucht**, das Volk ist reif und selbstbestimmungsfähig, das freiwillige Disziplin zu halten versteht. Sind wir dazu reif? Ist unser Volk fähig, sich selbst zu regieren? Die Regierung glaubt es: sie traut dem Volke Selbstzucht zu. **Beweisen wir**, daß wir dieses **Vertrauens würdig** sind. Beweisen wir, daß wir reif sind **zur politischen Freiheit**: dann herrscht Ordnung und Ordnung braucht Heer und Volk, um zum Frieden zu gelangen.

gez. Krahn, gez. Fützner, Leutnant d. Res., gez. Vohs.

Achtung!

Arbeiter, Bürger und Volksgenossen Thorns!

Sonntag den 17. November, mittags 12 Uhr, findet im großen Saale des Viktoriaparks eine

öffentliche Volksversammlung

statt.

Tagesordnung:

Ergebnis der bis jetzt gepflogenen Verhandlungen des Arbeiter- und Soldatenrates mit dem Oberbürgermeister **Dr. Hasse.**
Unsere jetzige politische Lage.
Ergänzungswahlen zum Arbeiterrat.
Freie Aussprache.

Die militärischen Betriebe und Werkstätten haben ebenfalls ihre Vertrauensmänner zu Freitag den 15. November, nachmittags 3 Uhr, zu der Vertrauensmännersitzung nach dem Viktoriapark zu entsenden.

Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates.

Die Konzerte

von

Kammersänger Paul Knüpfer

und

Prof. Alexander Petschnikoff,

welche am 16. und 18. November stattfinden sollten,

werden verschoben.

Walter Lambeck,
Buchhandlung.

Sonnabend den 28. November, 7½ Uhr,
im Saale des Artushofes:
Iphigenie-Gastspiel

BRUNO TUERSCHMANN.

Die Presse schreibt:

B. Z. am Mittag, Berlin: Ein Gipfel der Kunst! Bewunderungswürdig!

Leipziger Neueste Nachrichten: Was Max Reinhardt mit einem Riesenaufwand erzielt — Tuerschmann stellt dies alles in einer Person hin.

Wiener Fremdenblatt: Ein Ueberwältigendes greift an die Herzen und Hirne der atemlos lauschenden Zuhörer . . .

Karten zu Mk. 2.50, 1.75, 1.—, Schülerkarten 60 Pfg. in der Buchhandlung von Walter Lambeck.

Stadt-Theater

Freitag, 15. November, 5½ Uhr:
Alt-Heidelberg.

Sonnabend, 17. Nov. 5½ Uhr:
Neueinstudiert! Ermäßigte Preise!
Die Rabensteinerin.

Sonntag den 17 November,
Anfang 2 Uhr: Ermäßigte Preise!
Die Fledermaus.

Abends 5½ Uhr:
Wilhelm Tell.

Entlaufen

vor mehreren Tagen großer, hellbrauner rauhhaariger

Pinscherrüde,

Schnauz. Gegen Belohnung abzuliefern in

Friedenau bei Ostichau.
von Kries.

Möbliertes Zimmer mit separatem Eingang zu vermieten Klosterstraße 7, 1.

---

50 Mk. Belohnung!

Am Donnerstag voriger Woche

schw. Regenschirm

mit Schildpatt-Krücke verloren.

Ehrlicher Finder wird gebeten, seine Adresse mitzuteilen.

Wodarg, Leibitsch b. Thorn.

Täglicher Kalender.

1918	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
Novemb	—	—	—	—	—	15	16
	17	18	19	20	21	22	23
	24	25	26	27	28	29	30
Dezember	1	2	3	4	5	6	7
	8	9	10	11	12	13	14
	15	16	17	18	19	20	21
	22	23	24	25	26	27	28
1919	29	30	31	—		—	—
Januar	—	—	—	1	2	3	4
	5	6	7	8	9	10	11
	12	13	14	15	16	17	18
	19	20	21	22	23	24	25